

Broschüre der SPD-Bundestagsfraktion

**Deutschland 2010 -
Soziale Demokratie stärken**

Die Agenda 2010 - ein sozialdemokratisches Projekt

Herausgeberin:

SPD-Bundestagsfraktion

Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion: Öffentlichkeitsarbeit

Planungsgruppe

Bestelladresse:

SPD-Bundestagsfraktion

Öffentlichkeitsarbeit

Platz der Republik

11011 Berlin

www.spdfraktion.de

Fax: 030 22756800

>>>

Deutschland 2010 - Eine soziale Demokratie

Inhalt

1. Die Agenda 2010 ist unsere Sache.....	4
2. Unsere Reformen wirken	5
3. Regierungserklärung vom 17. März 2005 - Neue Impulse für Wachstum und Beschäftigung.....	10
4. Deutschland 2010 – Auf einem guten Weg.....	13

„Der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist kein Luxus, den man in enger werdenden Zeiten beiseite schaffen könnte. Solidarität in einer Gesellschaft - das Einstehen der Starken für die Schwachen, der Gesunden für die Kranken, der Jungen für die Alten - ist gewiss eine Tugend, ist aber auch eine Voraussetzung für den ökonomischen Erfolg in den entwickelten Gesellschaften Europas.“
Bundeskanzler Gerhard Schröder am 17. März 2005

Deutschland 2010 - Soziale Demokratie stärken

Wir wollen sozialen Fortschritt, Erneuerung und Zusammenhalt. Das sind die Ziele unserer Politik. Unsere Vorstellung von Deutschland 2010: Eine soziale Demokratie, ein moderner Sozialstaat, der den Menschen Chancen bietet und Potenziale fördert.

1. Die Agenda 2010 ist unsere Sache

Die Agenda 2010 ist eine große Initiative zur Erneuerung unseres Landes im Geiste des sozialen Fortschritts. Wachstum und Beschäftigung fördern, die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest machen – das sind die Zielsetzungen dieses umfangreichen Reformprogramms.

Unser Land braucht Mut zu Veränderungen. Wir müssen uns den Herausforderungen der Globalisierung, der Europäisierung, des demographischen und gesellschaftlichen Wandels stellen. Deutschland muss in diesem Jahrzehnt den in den 90er Jahren verpassten Prozess der Erneuerung zum Erfolg führen. Alle Kräfte der Gesellschaft müssen dazu ihren Beitrag leisten.

Die Agenda 2010 ist unsere Antwort auf die Herausforderungen. Es ist eine sozialdemokratische Antwort. Denn es gilt, was Bundeskanzler Schröder vor zwei Jahren, am 14. März 2003, im Deutschen Bundestag gesagt hat: „Entweder wir modernisieren, und zwar als soziale Marktwirtschaft, oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen würden.“

2. Unsere Reformen wirken

Vieles haben wir seitdem in Gang gesetzt und vorangebracht. Die Zwischenbilanz ist positiv.

- **Gesundheitsreform**

Die Gesundheitsreform wirkt. Die GKV schreibt wieder schwarze Zahlen, im vergangenen Jahr wurde ein **Überschuss von 4 Milliarden Euro** erwirtschaftet. Damit können die Kassen ihre Schulden abbauen und die Beiträge senken. Ohne unsere Reformen hätte es Leistungskürzungen und Beitragsanhebungen gegeben.

- **Alterssicherung**

Die gesetzliche Alterssicherung bleibt die tragende Säule der Altersversorgung für alle. Die Reformmaßnahmen der Agenda 2010 haben dafür gesorgt, dass der Beitragssatz zur Rentenversicherung auch 2005 **stabil bei 19,5 %** gehalten werden kann. Mit der 2001 beschlossenen **Riesterrente** haben wir eine weitere Säule für eine solide Altersversorgung errichtet. Das zum 1. Januar 2005 in Kraft getretene Alterseinkünftegesetz wirkt zugleich als Steuersenkungsprogramm für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, denn Rentenbeiträge werden ab 2005 schrittweise bis 2040 steuerfrei gestellt. Im Gegenzug fallen künftig Steuern bei den Rentenauszahlungen durch die sog. "nachgelagerte Rentenbesteuerung" an.

- **Steuerreform**

Mit unserer Steuerreform haben wir das **größte Steuersenkungsprogramm** in der Geschichte der Bundesrepublik in Kraft gesetzt. Familien, Arbeitnehmer und mittelständische Unternehmer zahlen heute in Deutschland jährlich rund **60 Milliarden Euro** an Steuern weniger als 1998.

- **Subventionsabbau**

Beim **Subventionsabbau** sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Die Einsparungen können sich sehen lassen: Die Finanzhilfen des Bundes sinken in 2005 auf etwa sechs Milliarden Euro und werden damit gegenüber 1998 nahezu halbiert. Bis 2008 ist ein weiterer Abbau der Finanzhilfen auf 5,4 Milliarden Euro vorgesehen.

- **Gemeindefinanzen**

Zur Stärkung der **kommunalen Investitionskraft** haben wir die Finanzsituation der Städte und Gemeinden durch die **Reform der Gewerbesteuer** verbessert. Die von Bundestag und Bundesrat im Dezember 2003 beschlossene Gemeindefinanzreform hat den Kommunen im Jahr 2004 **zusätzliche Einnahmen von 2,5 Milliarden Euro** gebracht. In den kommenden Jahren ist mit Entlastungen in Höhe von drei Milliarden Euro zu rechnen.

- **Handwerksrecht**

Wir haben das **Handwerksrecht** entrümpelt. Berufszugänge wurde erleichtert, es gibt jetzt mehr **Gewerbefreiheit** und mehr **Wettbewerb** in einem bisher eng regulierten Markt. Existenzgründungen und Betriebsübergaben sind nun unbürokratischer und schneller möglich. Erfreuliches Ergebnis: Die Zahl der Handwerksbetriebe in Deutschland ist im vergangenen Jahr um 4,8 Prozent gestiegen.

- **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit**

Mit den Hartz-Gesetzen haben wir umfassende Strukturreformen auf den Weg gebracht. Wir wollen erwerbsfähige Menschen schneller und besser in den Arbeitsmarkt vermitteln, wir wollen aktivieren statt alimentieren. Das ist ein **neues Verständnis von Arbeitsmarktpolitik**.

Die Hartz-Reformen werden ihre Wirkungen nicht schlagartig von heute auf morgen voll entfalten. Insofern müssen wir einen langen Atem haben. Eine abschließende Bewertung nach zwei Monaten ist nicht möglich. Wir werden die Umsetzung von Hartz IV in diesen Wochen bilanzieren und die finanziellen Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte überprüfen. Dabei gilt: **Alle müssen an einem Strang** ziehen, damit die Arbeitsmarktreformen zum Erfolg führen. Nicht nur Bundesregierung und Bundesagentur für Arbeit sind gefordert, sondern auch Kommunen und Länder als Mitverantwortliche.

Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf über 5 Millionen ist auf den **statistischen Effekt** im Zuge der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zurückzuführen.

Wir wollen uns jedoch nicht hinter der Statistik verstecken. Die Arbeitslosigkeit ist eindeutig zu hoch. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es in Deutschland heute **fast eine Million Erwerbstätige mehr** gibt, als im letzten Jahr der Regierung

Kohl. Und das trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen (Ölpreis, starker Euro).

- **Bekämpfung illegaler Beschäftigung**

Vorhandene Arbeit muss von den legal hier lebenden Menschen getätigt werden. Deshalb gehen wir entschieden gegen illegale Beschäftigung in Deutschland vor. Mit dem Gesetz zur **Bekämpfung der Schwarzarbeit** haben wir hierfür wichtige Voraussetzungen geschaffen. Die einst getrennten Schwarzarbeitsermittler von Zoll und Bundesagentur für Arbeit werden unter der Obhut des neuen Ressorts „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ (FKS) beim Zoll zusammengeführt und auf 7.000 Mitarbeiter aufgestockt.

Durch die Maßnahmen der Bundesregierung sind bereits erste Erfolge gegen die Schwarzarbeit erzielt worden. So ist im Vergleich zum Jahr 2003 das Volumen der Schattenwirtschaft um 3,8 Prozent von 370 auf 365 Mrd. Euro gesunken. Für 2005 prognostizieren die Institute einen Rückgang um weitere 10 Mrd. Euro auf 346 Mrd. Euro. **Damit ist die Schattenwirtschaft in Deutschland erstmals seit 1975 zurückgegangen.**

- **Arbeitnehmerrechte sichern**

Zur Ordnung am Arbeitsmarkt gehören auch die **Arbeitnehmerrechte**. Täglich leisten qualifizierte und motivierte Arbeitnehmer in Betrieben und Verwaltungen gute Arbeit und tragen damit entscheidend zum wirtschaftlichen Erfolg ihres Unternehmens bei. Und wenn es mal nicht gut läuft – die Gründe dafür sind nur allzu oft in Missmanagement zu suchen – sind diese Arbeitnehmer auch bereit, auf Leistungen zu verzichten, um dem Unternehmen zu helfen. Das ist nur möglich, weil Arbeitnehmer und Betriebsräte Rechte haben – Opel ist ein gutes aktuelles Beispiel dafür.

CDU/CSU wollen diese Rechte schleifen. Die Forderungen sind immer die selben: Kündigungsschutz lockern, Langzeitarbeitslose untertariflich entlohnen und die betriebliche Mitbestimmung einschränken. Sie wollen das Arbeitszeitgesetz lockern und den Jugendarbeitsschutz abbauen. So steht es im so genannten „Pakt für Deutschland“. Die Vorschläge sind nicht neu, sie wurden aus gutem Grund im Vermittlungsverfahren zum Arbeitsmarktreformgesetz im Dezember 2003 zurückgewiesen.

Die Preisgabe politischer Werte und Prinzipien, die dieses Land stark gemacht haben, wird keinen neuen Arbeitsplatz schaffen. Wer Arbeitnehmerrechte einschränken will, macht sich vielmehr zum Erfüllungsgehilfen jener, denen Aktiengewinne wichtiger sind, als die Leistungen der arbeitenden Menschen in unserem Land. Das wäre der Abschied von der sozialen Marktwirtschaft.

- **Bildungschancen: von frühkindlicher Förderung bis lebenslanges Lernen**

Wir wollen, dass jedes Kind Zugang eine hochwertiger Bildung erhält – und zwar egal, welchen Beruf seine Eltern ausüben oder wo es herkommt. Der Zugang zu Bildung ist entscheidend für den weiteren Lebensweg eines Kindes. Diesen Zugang allen Kindern zu ermöglichen, Chancengleichheit zu schaffen – das ist unsere Aufgabe.

Damit müssen wir früh beginnen. Von Anfang an müssen wir jedes einzelne Kind fördern. Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz setzen wir das in die Tat um. Wir verbessern die Betreuung der Kinder unter drei Jahren. Wir verbessern sie quantitativ: Über 230.000 neue Plätze sollen bis 2010 entstehen. Und wir verbessern sie qualitativ: Wir unterstützen die Entwicklung von Bildungs- und Erziehungsplänen. Lokale Bündnisse für Familien unterstützen diesen Prozess in den Kommunen. Das ist uns wichtig. Denn in den Kindertagesstätten, im Hort und der Krippe werden die Grundlagen für den weiteren Bildungs- und Lebensweg des Kindes gelegt.

Wir haben über **3.000 Ganztagschulen** gefördert und werden es weiter tun. Vier Milliarden Euro stellt der Bund den Ländern mit dem Investitionsprogramm Bildung und Betreuung zur Verfügung. Das ist genau richtig: Denn gerade in Ganztagschulen haben wir die Zeit und die Möglichkeiten, die Schülerinnen und Schüler stärker und individuell zu fördern.

Innovationen sind nur möglich, wenn wir mehr gut ausgebildete junge Menschen haben. Mit dem BAföG fördern wir junge Menschen und ermöglichen ihnen ein Studium. Die **Studienanfängerzahlen sind seit 1998 gestiegen** – ein Erfolg unserer Politik. Untersuchungen zeigen: Zwei Drittel aller Geförderten würden ohne

BaföG nicht studieren. Und: Wir erreichen mehr Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern.

Lebenslanges Lernen ist eine wichtige Voraussetzung für bessere Lebens- und Berufschancen – für jeden von uns. Und für die gesamte Gesellschaft: Lebenslanges Lernen ist ein Innovationsfaktor und beeinflusst die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Deshalb müssen wir den Menschen ermöglichen, ihre Lern- und Leistungspotenziale auszuschöpfen.

Gefragt sind alle: Der Staat, die Wirtschaft und die einzelne Bürger. Wir wollen Weiterbildung finanziell fördern, die nötigen Rahmenbedingungen setzen und wir wollen Strukturen schaffen, in und mit denen lebensbegleitendes Lernen möglich ist.

- **Innovationen fördern**

Um den Wohlstand in unserem Land zu sichern, brauchen wir Innovationen. Sie sind Voraussetzung für Wachstum und soziale Sicherung, für Zukunftsfähigkeit und Zukunftsgerechtigkeit. **Zur Agenda 2010 gehört deshalb die Förderung von Innovationen.**

Wir müssen **in die Köpfe der Menschen investieren**, den Rohstoff Wissen zu Tage bringen. Schulabgänger ohne Abschluss oder Ausbildungsplatz, gut ausgebildete Frauen ohne Berufschancen wegen fehlender Betreuungsmöglichkeiten oder frühverrentete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Leistungsbereitschaft für Jahre oder Jahrzehnte ungenutzt bleibt – auch das sind vergebene Chancen für die Zukunft unseres Landes.

Nur mit Innovationen für neue Technologien und Produkte bleiben wir wettbewerbsfähig. Wir wollen die Eigenheimzulage abschaffen und die freiwerdenden Mittel in Bildung und Forschung investieren. Wir brauchen attraktive Hochschulen mit exzellenten Leistungen, auch Spitzenuniversitäten und –fakultäten. Wir haben konkret das Ziel formuliert, bis 2010 den Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen.

3. Regierungserklärung vom 17. März 2005 - Neue Impulse für Wachstum und Beschäftigung

Am 17. März 2005 hat Gerhard Schröder ein 20 Punkte umfassendes Maßnahmenpaket vorgelegt, mit dem ein kräftiger Impuls für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung gesetzt wird:

- Die Vorschläge setzen die begonnenen Reformen der Agenda 2010 sinnvoll fort.
- Sie sind ein ausgewogener Mix aus Maßnahmen, die auf der Angebots- und auf der Nachfrageseite ansetzen.
- Sie verbessern die wirtschaftlichen Bedingungen für die Unternehmen in Deutschland. Sie sind jedoch verbunden mit der Erwartung, dass die Unternehmen investieren und neue Beschäftigung schaffen.
- Sie sind ein Angebot an die CDU-regierten Länder, wichtige Reformaufgaben gemeinsam im Bundesrat anzugehen – verbunden mit der Aufforderung, die Blockadehaltung beim Subventionsabbau und der Föderalismusreform endlich aufzugeben.

Die wichtigsten Eckpunkte der Regierungserklärung im Einzelnen:

Wettbewerbskräfte stärken

1. Der **Körperschaftsteuersatz für Kapitalgesellschaften wird von bisher 25% auf 19% reduziert**. Damit wird Deutschland zukünftig bessere steuerliche Rahmenbedingungen bieten als Frankreich, Spanien, Italien, Österreich und die Niederlande.
2. Der **Mittelstand wird um 500 Mio. Euro bei der Gewerbesteuer entlastet**, indem der Anrechnungsfaktor der Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuer von 1,8 Prozentpunkten auf 2 Prozentpunkte erhöht wird. Damit werden Handwerk und kleine Betriebe faktisch von der Gewerbesteuer befreit.
3. **Steuerliche Erleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen** beim Betriebsübergang **im Erbschaftsfall**.

4. **Alle Steuererleichterungen werden voll (aufkommensneutral) gegenfinanziert.** Unsere Vorschläge, bspw. Schließen von Steuerschlupflöchern und moderate Veränderung der Mindestgewinnbesteuerung, liegen vor.
5. **Innovative Mittelständler** erhalten von der Mittelstandsbank des Bundes zukünftig Kredite, die 2 Prozentpunkte unter dem Marktzins liegen.

Investitionskräfte stärken

6. **Abbau der Bürokratie durch**
 - die Schaffung einer öffentlichen Anlaufstelle für Existenzgründer (one-stop-shop) und den Aufbau eines zentralen Informationssystems „*startothek*“ bei der Mittelstandsbank.
 - Novelle des GmbH-Gesetzes zur substanziellen Absenkung des für die Gründung notwendigen Mindestkapitals sowie Einführung eines elektronischen Handelsregisters zum 1.1. 2007, das die GmbH- Neugründung innerhalb weniger Tage ermöglicht. Damit erleichtern wird **Existenzgründungen** in Deutschland.
7. Für den **Ausbau von Straßen- und Schienennetz** werden in den nächsten vier Jahren zusätzlich 2 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt.
8. Weitere Infrastrukturprojekte werden durch ein **Public-Private-Partnership-Programm** vorgezogen. Damit werden durch privates und öffentliches Kapital Investitionen in Milliardenhöhe mobilisiert.
9. Mit dem neuen **Energiewirtschaftsgesetz** werden Investitionen in Milliardenhöhe ausgelöst. Damit können **bis 2010 rd. 20 Mrd. Euro** an Investitionen realisiert werden, um Energienetze und Kraftwerke zu modernisieren.
10. Das **CO2-Gebäudesanierungsprogramm** wird **bis Ende 2007** auf dem bisherigen Niveau verlängert. Damit können bis zu **5 Mrd. Euro** an zusätzlichen Investitionen ausgelöst werden.
11. **Planvereinfachungsgesetz** zur schnellen Realisierung von Investitionen in Verkehrs- und Stromnetze.

12. Mit dem **Gentechnikgesetz II** werden ein klarer Rechtsrahmen und faire Haftungsregeln geschaffen und einer Zukunftsbranche damit Planungssicherheit gegeben.

Kräfte des Arbeitsmarktes für mehr Beschäftigung stärken

13. Die bisherigen **Hinzuverdienstmöglichkeiten für ALG-II Bezieher** wird geprüft.
14. **Jugendliche Arbeitslose unter 25 Jahren** sollen am Anfang ihres Berufslebens nie länger als 3 Monate arbeitslos sein. Dazu werden die Vermittlungsaktivitäten bei allen unter 25-jährigen, auch für die die aus der Grundversicherung kommen, intensiviert.
15. **Ältere Arbeitslose** müssen in Beschäftigung gebracht werden. Dazu werden 250 Mio. Euro für die Bildung von 50 regionalen Beschäftigungspaketen für ältere Langzeitarbeitslose bereitgestellt.
16. Erleichterung von befristeter Beschäftigung durch **Aufhebung des absoluten Verbots der Vorbeschäftigung** und Einführung einer Beschränkung auf 2 Jahre.
17. Der **Dienstleistungsmisbrauch** bspw. im Bereich der Fleischbearbeitung wird bekämpft. Der Bund wird dazu gemeinsam mit den Ländern eine **Task Force „Mißbrauchsbekämpfung“** einrichten.

Zukunftsinvestitionen stärken

18. Es bleibt dabei: **Bis 2010 soll der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3,0% des Bruttoinlandsprodukts angehoben werden.** Dazu soll die Eigenheimzulage gestrichen und die frei werdenden Mittel in Forschung und Entwicklung investiert werden.
19. Mit der **Reform der Pflegeversicherung** werden die bereits eingeleiteten Reformen bei Rente und Gesundheit fortgesetzt. Damit erreichen wir die Stabilisierung der Lohnnebenkosten, die Angleichung von ambulanter und stationärer Pflege und die bessere Leistungen für Demenzkranke.

20. Neue Anstrengungen in der Föderalismusreform

Mit diesem Maßnahmenpaket wollen wir die bisherigen Strukturreformen fortführen und unterstützen, aber auch die in Deutschland bestehende Investitions- und Kaufzurückhaltung durchbrechen. Uns geht es um die Fortsetzung einer ausgewogenen Angebots- und Nachfragepolitik. Wir schaffen damit Wachstum und mehr Beschäftigung.

Sehr viele Maßnahmen insbesondere im investiven Bereich können wir aus eigener Kraft zügig im Bundestag beschließen und umsetzen. Bei anderen Maßnahmen, insbesondere im Bereich des Steuerrechts hat die Union Zustimmung zugesagt. Leider blockiert die Union weiterhin bei der Abschaffung der Eigenheimzulage. Sie verhindert damit weitere Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung. Die Forderungen der Union nach Lockerung des Kündigungsschutzes, untertariflicher Entlohnung von Langzeitarbeitslosen beim Wiedereinstieg in das Berufsleben und nach staatlichen Eingriffen in das Tarifrecht haben wir abgelehnt.

4. Deutschland 2010 – Auf einem guten Weg

Das ist unsere Vorstellung von Deutschland 2010: Eine soziale Demokratie, ein moderner Sozialstaat, der den Menschen Chancen bietet und Potenziale fördert. Mit den Agenda-Reformen schaffen wir dafür die Voraussetzungen. Wir haben die Weichen für mehr Wachstum und Beschäftigung gestellt. Der Standort Deutschland ist international hochwettbewerbsfähig. Die Richtung stimmt. Wir werden diesen Kurs fortsetzen.

Die SPD ist heute die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Wir wollen Wirtschaft politisch so gestalten, dass alle ein gerechtes Stück vom Kuchen gesellschaftlicher Wertschöpfung abbekommen.

Für die SPD steht fest: Politik hat Vorfahrt vor den ungezügelten Kräften des Marktes! Wir wollen die Erneuerung des Landes gerecht gestalten. Reformen

sind kein Selbstzweck. Unser politischer Anspruch besteht darin, Reformpolitik mit der Idee der Freiheit und des sozialen Fortschritts zu verbinden.